

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Max Chopard-Acklin  
Rainstrasse 21  
5415 Nussbaumen  
[www.max-chopard.ch](http://www.max-chopard.ch)



## Bericht aus der Sommersession 2015

**Eine an Themen reichhaltige Traktandenliste sorgte für abwechslungsreiche Diskussionen unter der Bundeshauskuppel. Über 70 Vorlagen wurden in den drei Wochen der Sommersession im Nationalrat behandelt.**

### **Erste Sessionswoche:**

#### **Kulturförderung, Cannabis als Medizin, Mineralölsteuer und Lohngleichheit**

Der Nationalrat hat die Kulturbotschaft des Bundesrates und deren Finanzierung für die Jahre 2016 bis 2020 deutlich gutgeheissen. Damit kann der Bund in den kommenden fünf Jahren **das Schweizer Kulturschaffen** mit rund 1,13 Milliarden Franken unterstützen. Das sind 3,4 Prozent mehr als in der letzten Förderperiode.

Der Nationalrat hat via Motion den Bundesrat aufgefordert, den **Einsatz von natürlichem Cannabis als Schmerzmittel** im Rahmen eines wissenschaftlichen Pilotprojekts zu prüfen. Arzneimittel auf Cannabis-Basis können schon heute mit einer Ausnahmegewilligung des Bundesamts für Gesundheit bezogen werden. Doch viele Schmerzpatienten greifen auf illegale Cannabisprodukte zurück, weil das Bewilligungsverfahren kompliziert ist und die Krankenkassen die hohen Kosten nicht übernehmen. Zur Umsetzung braucht es die Zustimmung beider Räte.

**Wie der Ständerat lehnte auch der Nationalrat mit 97 zu 65 Stimmen die sogenannte "Milchkuh-Initiative" der Automobilimporteure und einiger Strassenverbände ab.** Diese Volksinitiative "Für eine faire Verkehrsfinanzierung", wie sie amtlich heisst, will die Einnahmen aus der Mineralölsteuer vollständig für den Strassenverkehr reservieren. Diese würde ein Loch von jährlich 1,5 Milliarden Franken in die Bundeskasse reissen. Heute wird nur der Mineralölsteuerzuschlag von rund 2 Milliarden Franken jährlich vollumfänglich für den Strassenverkehr eingesetzt. Die eigentliche Mineralölsteuer im Umfang von rund 3 Milliarden Franken fliesst jedoch zur Hälfte in den Strassenverkehr und in die allgemeine Bundeskasse.

Unternehmen, die sich um einen öffentlichen Auftrag bewerben, sollen sich künftig von einer unabhängigen Stelle bescheinigen lassen, dass sie die Lohngleichheit einhalten. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion angenommen. Das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen sieht zwar bereits vor, dass Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden dürfen, welche die **Lohngleichheit von Mann und Frau gewährleisten**. Eine gesetzliche Grundlage, von den Unternehmen eine entsprechende Bescheinigung einzuholen, fehlt jedoch. Nun ist der Bundesrat beauftragt, den gesetzgeberischen Rahmen dafür auszuloten. Vorausgesetzt, auch der Ständerat überweist diese Motion.

## Zweite Sessionswoche:

### Innovationspark, Frankenstärke, Arbeitsmarkt und Potentatengelder

Innovation ist eine wichtige Sache und oft auch Impulsgeber für neue Arbeitsplätze: Im Rat war dann auch von einem "Generationenprojekt" mit internationaler Ausstrahlung die Rede, als es um das Projekt eines nationalen Innovationsparkes ging. Der **Innovationspark** soll unter Zusammenarbeit der Standortkantone, der Privatwirtschaft und der Hochschulen realisiert werden. Forscher und Firmen sollen näher zusammenrücken. Die Mehrheit im Nationalrat sieht im geplanten Innovationspark eine Chance für die Wirtschaft und die Schweiz. Einzig einige SVP-Exponenten opponierten dagegen. Der Bund will das Projekt mit einem Rahmenkredit von 350 Millionen Franken für Bürgschaften und mit der Abgabe von Bauland im Baurecht unterstützen. Dabei handelt es sich um Landreserven des Militärflugplatzes Dübendorf. Auch der aargauische Hightechpark „InnovAARE“ soll Teil im Netzwerk des nationalen Innovationsparkes werden. Nun ist der Ständerat am Zug.

Auch die aktuelle **Frankenstärke** war in der Sommersession wiederholt ein Thema. Nachdem die Schweizerische Nationalbank die Kursuntergrenze von CHF 1.20 zum Euro aufgehoben hat, macht der überbewertete Franken insbesondere der Exportindustrie, dem Tourismus und dem Detailhandel im Grenzraum zu schaffen. Im industriellen Bereich kommt es gehäuft zu Stellenabbau, Auslagerungen von Arbeitsplätzen und Konkursen. In Sorge um den Werkplatz Schweiz und Aargau machte ich im Zusammenhang mit der Frankenstärke zur Fragestunde folgende Eingabe: **Wie gedenkt der Bundesrat unter Miteinbezug der Sozialpartner der drohenden Deindustrialisierung entgegenzuwirken?** Bundesrat Schneider Ammann bestätigte die schwierige Situation und versicherte, er würde sich regelmässig zur Lagebeurteilung mit der Spitze der schweizerischen Nationalbank treffen. Aus meiner Sicht braucht es nun folgendes:

- Die SNB muss einen neuen Mindestkurs von mindestens CHF 1.10 gegenüber dem Euro festlegen: Das bremst die Auslagerung von Arbeitsplätzen.
- Das duale Bildungssystem muss weiter gestärkt werden: Das verringert den Fachkräftemangel.
- Projekte wie der nationale Innovationspark und das Hightech Zentrum im Aargau sind beschleunigt umzusetzen: Das stärkt unsere Wettbewerbsfähigkeit.
- Anstehende Investitionen in die Energiewende und den öffentlichen Verkehr sind vorzuziehen: Das verbessert die Auftragslage und sichert Beschäftigung.
- Das Verhältnis zu Europa muss geklärt werden: Das gibt Investitionssicherheit.

Sollte es die nächsten Monate nicht in diese Richtung vorangehen, ist in der Industrie mit Stellenabbau und Verlagerungen von Arbeitsplätzen ins Ausland im gröberen Umfang zu rechnen. Es besteht die Gefahr einer Deindustrialisierung. Denn einmal ausgelagerte Arbeitsplätze kommen erfahrungsgemäss kaum mehr zurück.

Aktuell sind in Bundesbern bereits über 30 Vorstösse zum Thema Frankenstärke hängig und auch Wirtschaftskreise warnten in der Sonntagspresse vom 14.06.2015, es seien tausende von Arbeitsplätzen gefährdet.

Der Nationalrat hat diskussionslos eine Motion mit der **Forderung nach verstärkten Massnahmen zur Förderung inländischer Arbeitskräfte überwiesen**. Der Vorstoss wurde nach dem Ja zur SVP-Masseneinwanderungsinitiative aus den Reihen der CVP lanciert.

**Potentatengelder**, also illegale Gelder gestürzter Machthaber, sollen rascher eingezogen und zurückerstattet werden verlangte eine Bundesrätliche Vorlage.

Doch gegen den Willen des Bundesrates höhlte eine Mitte-Rechts Mehrheit das neue Gesetz aus. Die Schweiz soll unrechtmässig erworbene Vermögenswerte nämlich nur dann einziehen dürfen, wenn die Straftaten der Potentaten nicht verjährt sind. Der Bundesrat wollte dagegen im Umgang mit Potentatengeldern von der Verjährung abzusehen. Die Ratsmehrheit argumentierte mit rechtsstaatlichen Prinzipien. Auf den Grundsatz der Verjährung zu verzichten, sei nicht redlich. Eine fragwürdige Haltung, wie ich finde. Selbst die Freisinnige NZZ titelte: „Zu viel Herz für Diktatoren“. Nun ist zu hoffen, dass der nächstbehandelnde Ständerat der Vorlage wieder mehr Biss gibt.

### **Dritte Woche: Finanzausgleich, Armee, BÜPF und grüne Wirtschaft**

Nach mehrfachem Hin- und Her haben sich die beiden Parlamentskammern auf die Beiträge der Kantone für den **Nationalen Finanzausgleich (NFA)** für die Jahre 2016 bis 2019 geeinigt. Letztlich obsiegte ein Kompromiss: Der Grundbeitrag für den Ressourcenausgleich soll künftig um 165 Millionen Franken pro Jahr gesenkt werden. Der Bund soll um 98 Millionen, die Geberkantone um 67 Millionen Franken entlastet werden.

Gegen den Willen von SP und Grünen wurde beim **Rüstungsprogramm 2015** mit 124 zu 56 Stimmen beschlossen, sechs Drohnen inklusive Bodenkomponenten, Simulator und Logistik für 250 Millionen Franken zu beschaffen. Insgesamt umfasst der Armeewunschzettel Güter für 542 Millionen Franken. Dazu gehört auch der Kauf von 879 leichten geländegängigen Motorfahrzeugen für 271 Millionen Franken und die Beschaffung neuer Schiesssimulatoren für 21 Millionen Franken.

Eine Motion aus den SP Reihen, die zusätzliche **Transportflugzeuge** oder Transporthelikopter für die Friedensförderung wollte, lehnte der Nationalrat mit 89 zu 74 Stimmen und 18 Enthaltungen ab. Die SP Fraktion war in dieser Frage gespalten. Zwei Motionen mit praktisch der gleichen Forderung hiess der Ständerat vorgängig einstimmig gut. Es ist noch offen, wie der Nationalrat dann damit umgeht.

Der Nationalrat ist uneinig über die Armee. Die Vorlage zur „**Weiterentwicklung der Armee**“ ist **vorerst abgestürzt**: Während Mitte-Rechts die Einsatzmöglichkeiten für die Armee im Inneren ausbauen wollen und die SVP einen Sollbestand von 140'000 und ein Budget von 5,4 Milliarden Franken als Minimum fordert, wehren sich SP und Grüne dagegen. Die Armee sollte keinen Freipass für Armeeeinsätze im Inneren erhalten, stattdessen sei der Fokus auf internationale Kooperation auszurichten. 80'000 Armeeeingehörige und ein Budget von maximal 4,4 Milliarden genügten. Der Bundesrat wollte 100'000 Armeeeingehörige und ein Budget von 5 Milliarden jährlich. In der Gesamtabstimmung im Nationalrat fand sich aber keine Mehrheit mehr. Jetzt muss der Ständerat erneut über Eintreten bestimmen.

**Der Nationalrat ist auf eine Revision des Umweltschutzgesetzes als Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)" eingetreten.** Dies nach einem 90:90 mit Stichentscheid des Nationalratspräsident Stéphane Rossini (SP/VS). In der vorberatenden Kommission kam ebenfalls durch Stichentscheid des Präsidenten Hans Killer (SVP/AG) noch ein knapper Antrag auf Nichteintreten zustande. Die Vorlage will die Nutzung vorhandener Ressourcen optimieren und die Stoffkreisläufe verbessern. Die Detailberatung erfolgt in der Septembersession.

*Max Chopard-Acklin, im Juni 2015*